

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name [Verbandsgemeinde Bad Marienberg](#)
 Straße [Kirburger Straße 4](#)
 PLZ, Ort [56470 Bad Marienberg](#)
 Telefon [+49 2661/6268-0](#) Fax [+49 2661/6268-201](#)
 E-Mail vergabestelle@bad-marienberg.de Internet <http://www.bad-marienberg.de>

b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer [26-028-18](#)

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe:

- ☒ elektronisch
 [in Textform](#)
 [Bekanntmachungs-ID: CXS0YMQYTTMJWMWJ](#)
☒ schriftlich

d) Art des Auftrags

- ☒ Ausführung von Bauleistungen
☐ Planung u. Ausführung von Bauleistungen
☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

[Ortsgemeinde Unnau](#)
[Brunnenstraße](#)
[57648 Unnau](#)

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Art der Leistung: [Ausbau "Brunnenstraße", Unnau](#)
[Erneuerung Ver- und Entsorgungsanlagen; Straßenbau und Beleuchtung](#)

Umfang der Leistung: [Straßenbau OG](#)
[1000 m3 Erdaushub](#)
[1450 m2 Asphalttragschicht AC22TN und 1530 m2 Asphaltbeton AC8DN herstellen](#)
[2200 to FSS liefern und einbauen](#)
[460 m Entwässerungsrinnen herstellen](#)
[430 m Bordanlage herstellen](#)
[380 m2 Pflaster herstellen](#)

[Erneuerung Ver- und Entsorgungsanlagen](#)
[1700 m3 Erdaushub](#)
[780 to Frostschutzmaterial 0/32](#)
[125 m BEKU-Kanal DN 300](#)
[155 m SB-Kanal DN 400/300](#)
[145 m Wasserleitung PE-HD DN 150](#)

Angaben zu Los Nr. 1
 Bezeichnung: [Straßenbau](#)

Angaben zu Los Nr. 2
 Bezeichnung: [Erneuerung Ver- und Entsorgungsleitungen](#)

g) Angabe über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen

Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)☐ nein☒ ja, Angebote sind möglich ☐ nur für ein Los☐ für ein oder mehrere Lose☒ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann

Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung

Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

i) Ausführungsfristen☒ Beginn der Ausführung: 16.10.2026☒ Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 08.10.2027☐ weitere Fristen**j) Nebenangebote**☐ zugelassen☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen☒ nicht zugelassen**k) mehrere Hauptangebote**☐ zugelassen☒ nicht zugelassen**l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

Online-Plattform

"rlp.vergabekommunal"

<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXS0YMQYTTMJWMWJ/documents>

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

☒ nachgefordert

- ☐ teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:
- ☐ nicht nachgefordert

Auskunftserteilung über Vergabeunterlagen 17.08.2026
und Anschreiben bis

- o) **Ablauf der Angebotsfrist** am 20.08.2026 um 09:00 Uhr
Ablauf der Bindefrist: am 18.09.2026

- p) **Adresse für elektronische Angebote**
"rlp.vergabekommunal" (<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXS0YMQYTTMJWMWJ>)

Anschrift für schriftliche Angebote
Vergabestelle, siehe a)

- q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** Deutsch;

- r) **Zuschlagskriterien** Niedrigster Preis
s) **Eröffnungstermin** am 20.08.2026 um 09:00 Uhr
Ort Verbandsgemeindeverwaltung Bad Marienberg

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten

- t) **geforderte Sicherheiten** Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§17 VOB/B)
Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme)

- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind** Siehe Vergabeunterlagen

- v) **Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften** gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

- w) **Beurteilung zur Eignung**

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich

Online auf "rlp.vergabekommunal" (<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXS0YMQYTTMJWMWJ/documents>) oder
Vergabestelle, siehe a)

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt 124 Eigenerklärung zur Eignung (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Angebotsschreiben entsprechend Formblatt 213 (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft entsprechend Formblatt 234 (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Leistungsverzeichnis mit Preisen
- Mustererklärung 1 AEntG (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Mustererklärung 3 Mindestentgelt (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen entsprechend Formblatt 233 (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- DVGW GW 301 (mittels Dritterklärung vorzulegen)
- Güteschutz Kanalbau (mittels Dritterklärung vorzulegen): der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:
RAL-GZ 961 für Beurteilungsgruppe AK 2 (oder AK 3 mit Angabe der Ausführung von Leistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind) sind zu erfüllen und mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

Sonstige Unterlagen

- Angaben zur Preisermittlung entsprechend den Formblätter 221 oder 222 (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- Unternehmensbezogene Unterlagen (mittels Dritterklärung vorzulegen):
Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Erklärung Arbeitskräfte (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal

- Freistellungsbescheinigung Finanzamt (mittels Dritterklärung vorzulegen): Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Insolvenzplan (mittels Dritterklärung vorzulegen): rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung BG (mittels Dritterklärung vorzulegen): Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, nicht älter als 3 Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt bzw. Bescheinigung in Steuersachen (mittels Dritterklärung vorzulegen): Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt, nicht älter als 3 Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung Sozialkasse (mittels Dritterklärung vorzulegen): Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist, nicht älter als 3 Monate

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Referenznachweis: drei Referenznachweise: aus den letzten drei Jahren über die Ausführung vergleichbarer Leistungen mit mindestens folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum

Sonstige Unterlagen

- Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223 (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Positionen werden bei Bedarf nach der Submission aufgeklärt
- Urkalkulation

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur persönlichen Lage zu überprüfen

Das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz, LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 EUR nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen. Bieter mit Sitz im Inland sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, mit Sitz im Inland, haben eine Verpflichtungserklärung abzugeben, einen Mindestlohn zu zahlen.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Name **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau**

Straße **Stiftsstraße 9**

PLZ, Ort **55116 Mainz**

Telefon **+49 6131162546**

Fax

E-Mail **vergabepuertstelle@mwwlw.rlp.de**

Internet

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

Mit Abgabe eines Angebotes / Teilnahmeantrag erklärt der Bieter / Bewerber, dass er die Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten beachtet hat und dies gegenüber dem AG jederzeit durch Vorlage geeigneter Dokumente nachweisen kann. Er hat insbesondere alle ggf. erforderlichen Einwilligungen eingeholt und die erforderlichen Informationen an seine Mitarbeiter weitergeleitet.

Es wird empfohlen, die Vergabeunterlagen nach einer Registrierung und dem Login herunterzuladen. Werden die Vergabeunterlagen anonym (ohne Registrierung) heruntergeladen, erhalten nicht registrierte Bieter bei evtl. Änderungen der Vergabeunterlagen oder Bieterinformationen keine Nachricht von der Vergabeplattform. Es liegt in alleiniger Verantwortung des nichtregistrierenden Bieters, sich über Bieterinformationen und eventuelle Aktualisierungen der Vergabeunterlagen auf dem Laufenden zu halten.

Die Kommunikation ist ausschließlich über die Vergabeplattform zugelassen.